



ISMAIL TIPI, MDL

Besuchen Sie meine Website
und erhalten weitere Informationen
zu meiner Arbeit.



Im Rahmen des „Tages des Ehrenamts“ wurden zahlreiche verdiente Einsatzkräfte des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzes ausgezeichnet sowie die Katastrophenschutzpreise 2020 und 2021 und der Integrationspreis Brandschutz 2020/21 verliehen. Es hat mich besonders gefreut, dass der speziell ausgelobte Corona-Sonderpreis unter anderem auch an die Gliederung Stadt und Kreis Offenbach des Malteser Hilfsdienstes ging. Ohne den Katastrophenschutz und den Einsatz der meist ehrenamtlichen Kräfte würde unser System der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zusammenbrechen. Daher halte ich es für sehr wichtig, immer wieder auf dieses besondere Engagement aufmerksam zu machen und ihre Arbeit durch die Verleihung solcher Preise in den Mittelpunkt zu rücken.

Ich möchte mich bei allen Einsatzkräften für ihr herausragendes und selbstloses Engagement bedanken. Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen, aber auch über die Landesgrenzen hinaus können sich auf euch verlassen, euch gebührt daher unser Respekt und unser Dank!

► Liebe Leserinnen und Leser,

wie Sie vielleicht mitbekommen haben, kam es jüngst zu einem tragischen Ereignis: Die 22-jährige Iranerin Mahsa Amini verstarb, nachdem sie von der Sittenpolizei wegen Verstößen gegen die strengen islamischen Kleidungs Vorschriften festgenommen wurde. Seitdem kommt es im Iran zu Protesten gegen das grausame Scharia-Recht.

In einem offenen Brief habe ich mich an Bundeskanzler Olaf Scholz sowie die Bundesministerinnen Annalena Baerbock und Nancy Faeser gewandt. Ich habe sie dazu aufgefordert, den Menschen im Iran in ihrem Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung beizustehen. Für mich steht fest: Wir müssen unsere Werte, die fundamental für unser Zusammenleben sind, auch international verteidigen. Wir müssen weltweit für Freiheit und Demokratie eintreten und alldiejenigen nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen, die es uns gleichtun.

Gleichzeitig müssen wir aber auch in unserem Land deutlich entschiedener gegen radikalen Islamismus, Salafismus, Dschihadismus und Scharia-Tendenzen vorgehen. Wir müssen entschlossene Schritte unternehmen, um diese Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuwenden. Es ist endlich an der Zeit zu handeln.

Ihr **Ismail Tipi**



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der parlamentarischen Sommerpause freue ich mich, Sie wieder in einer neuen Ausgabe unseres Fraktionsnewsletters begrüßen zu dürfen und mit Ihnen gemeinsam auf die Plenarwoche und wichtige, zum Teil historische Ereignisse der vergangenen Wochen zurückzublicken.

Mit Michail Gorbatschow und Queen Elizabeth II. haben wir und hat die Welt zwei herausragende und großartige Persönlichkeiten verloren. Michail Gorbatschow hat sich in bewegten Zeiten für Frieden statt Waffengewalt entschieden. Sein mutiges Handeln hat die Deutsche Einheit maßgeblich unterstützt. Queen Elizabeth II. prägte eine Ära und steuerte ihr Land mit hoher Verlässlichkeit und Kontinuität durch viele Krisen und stürmische Zeiten der Weltgeschichte. Die gegenwärtige politische Weltlage führt uns sehr eindrücklich vor Augen, dass unser Zusammenleben in Frieden und Freiheit nicht als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden darf. Auch deshalb gedenken wir diesen beiden großen Persönlichkeiten in tiefer Dankbarkeit. Sie werden immer einen besonderen Platz in unseren Geschichtsbüchern einnehmen.

Geschichte und zudem noch erfolgreich sind auch die ersten 100 Tage unseres Ministerpräsidenten Boris Rhein. In schwierigen Zeiten hat er Verantwortung für unser Land übernommen und schon jetzt gezeigt, dass er dem großen Vertrauensvorschuss der

Koalition sowie des gesamten Parlaments gerecht wird. Seien es die Gipfelgespräche zur Sicherung der Gasversorgung, der Auftakt zum Zukunftsdialog mit der Industrie oder konkrete politische Weichenstellungen wie das neue Schulfach „Digitale Welt“ oder das Hessische Klimagesetz. All das zeigt, dass wir mit Boris Rhein erneut einen verbindenden Ministerpräsidenten haben, der auf Menschen zugeht, zuhört, Probleme erkennt und entschlossen handelt. Wir sind daher sicher, dass die ersten 100 Tage nur der Auftakt für eine lange und erfolgreiche Regierungszeit Boris Rheins sind und somit Hessen weiter verlässlich und erfolgreich gestaltet werden kann.

Und natürlich blicken wir auch auf die vergangenen drei Plenartage, in denen wir uns u.a. mit dem Raumfahrtstandort Hessen beschäftigt haben. Wussten Sie zum Beispiel, dass Sensoren aus Hessen zur Erkundung der Marsoberfläche genutzt werden oder dass sich das Stattelitenkontrollzentrum der Europäischen Weltraumorganisation in Darmstadt befindet? Mehr dazu, wie wir den Kitaaltern mit einer eigenen Landeselternvertretung eine demokratisch legitimierte Stimme auf Landesebene geben wollen und vielen weiteren Themen erfahren Sie in unserer heutigen Ausgabe.

Viel Spaß beim Durchblättern und eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Landeselternvertretung für Kitas und Tagespflege

Claudia Ravensburg, sozialpolitische Sprecherin



Mit einer Landeselternvertretung wollen wir Eltern mit Kindern in Kita und Tagespflege eine demokratisch legitimierte Stimme auf Landesebene verleihen. Sie soll dabei unterstützen, sich zu vernetzen, Erfahrungen untereinander auszutauschen, aber vor allen Dingen bei allen wichtigen Entscheidungen der Kinderbetreuung angehört zu werden sowie in entsprechenden Gremien mitsprechen zu können. Zudem erhält der Gesetzesentwurf den gesetzlichen Rahmen, damit auch auf Ebene der Gemeinden und 33 Jugendhilfeträger in Hessen, Elternvertretungen gewählt werden können, wenn vor Ort der Wunsch besteht.

Ziel ist es, mittels eines schlanken Verfahrens bereits ab dem kommenden Jahr eine Landeselternvertretung in Hessen zu etablieren. Dazu werden die Eltern in den Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege zunächst Delegierte wählen, die dann in

einer Landeselternversammlung die Landeselternvertretung wählen.

„Eltern von Kita-kindern erhalten ein demokratisch legitimes Sprachrohr.“



Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es für Eltern mit Kindern in Kita und Tagespflege ist, ein gemeinsames Sprachrohr zu haben. Auch für uns als CDU-Fraktion ist ein zentraler Ansprechpartner für die Belange von Eltern mit Kindern in Betreuungsverhältnissen wichtig. Wir freuen uns deshalb, dass mit dem Fraktionsgesetz die wichtige Grundlage für eine hessenweite Landeskitaalternvertretung geschaffen wurde.



► Europas Tor zum Weltraum

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Luftfahrt, Luftverkehr, Raumfahrt, Flugsicherung: Hessen ist der Allrounder unter den Ländern, wenn es um die Luft- und Raumfahrt geht.

Mit dem Europäischen Raumflugkontrollzentrum der ESA (ESOC) und der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) in Darmstadt ist Hessen aber vor allem Europas Tor zum Weltraum. Fast 100 Firmen sind landesweit in dieser Hightech- und Zukunftsbranche tätig. Dazu rund 50 Lehrstühle an 8 hessischen Hochschulen und 9 außeruniversitäre staatliche Forschungseinrichtungen.

„Hessen in Space“ ist nicht nur ein Wunschtraum oder origineller Titel, sondern unser Anspruch und unser Auftrag, auch im Bereich der Raumfahrt Vorreiter in Deutschland zu bleiben.“

Die Raumfahrt ist eine absolute Zukunftsbranche und sie ist eine wichtige Säule des Innovationsstandortes Südhessen! Hier heißt es Zukunft denken und machen, bevor es andere tun. Denn mit der zunehmenden Kommerzialisierung des Weltraums geht auch ein höherer Wettbewerb einher und gerade in Europa ist die Konkurrenz auch im Bereich der Standortpolitik größer denn je.

Folgerichtig haben wir als nur eines von vier Ländern bundesweit einen eigenen Raumfahrt-Koordinator eingesetzt und eine Weltraumstrategie entwickelt. Das Thema Raumfahrt ist deshalb in keiner Weise abstrakt oder trivial, sondern vielmehr elementar für unser alltägliches Leben und eine visionäre Gestaltung der Zukunft. Der Nutzen für Bevölkerung und Wirtschaft wird zuneh-

mend durch die Anwendungsprogramme der Raumfahrt – sei es die Erdbeobachtung, Satellitenkommunikation oder Satellitennavigation – verdeutlicht. Hinzukommt, dass die Raumfahrtökonomie mit durchschnittlich 5,1 Prozent pro Jahr zwischen 2014 und 2019 mehr als doppelt so stark gewachsen ist wie die Weltwirtschaft insgesamt.



Mit unserer Strategie „Hessen in Space“ wollen wir deshalb die Weiterentwicklung des Raumfahrtstandorts Hessen mit den Institutionen in Darmstadt aktiv begleiten und auf eine bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Akteure hinwirken. Wir wollen Hessen als attraktiven Standort für satellitengestützte Klima- und Umweltforschung etablieren und gleichzeitig unsere ureigensten Interessen im Bund und auch gegenüber der Europäischen Union geltend machen, um unseren Standort im internationalen Wettbewerb zu festigen und zu stärken. Das schafft Hightech-Arbeitsplätze, fördert Spitzenforschung und gestaltet die Zukunft innovativ.

► Kompetenter Schutz für die Bevölkerung in Hessen

Uwe Serke, MdL



Auch die zunehmende Gefahr von Extremwetterereignissen und Umweltkatastrophen in den letzten Jahren hat gezeigt, wie wichtig ein schlagkräftiger Brand- und Katastrophenschutz für die Sicherheit der Bevölkerung ist und wie viele Menschenleben damit gerettet werden können.

Die Wertschätzung für diesen zentralen Gesellschaftsbereich ist jedoch zwischen Bund und Land massiv unterschiedlich. Während die Stärkung des Katastrophenschutzes durch massive Investitionen in Ausstattung, Förderung und Ausbildung der hessischen Einsatzkräfte seit jeher eines der Kernanliegen unserer Politik ist, setzt die neue Bundesregierung hier massiv den Rotstift an.

Diese Wertschätzung gegenüber den überwiegend ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich scheint gerade bei der Bundesinnenministerin Nancy Faeser nur bedingt vorhanden zu sein. Wie sonst ist zu erklären, dass der Etat des Bundesinnenministeriums um 2,3 Mrd. Euro gekürzt werden soll, wobei allein die Ausgaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe um 40 % fallen.

Dazu werden die wichtige Arbeit des Expertenkreises „Politischer Islamismus“ eingestellt und das Bund-Länder-Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten nicht weiter fortgeführt. Die SPD leistet damit insgesamt einen innenpolitischen Offenbarungseid, den wir uns gerade in diesen herausfordernden Zeiten nicht leisten können.

► Bundes-Entlastungspaket nachhaltig verbessern

J. Michael Müller, energie- und verkehrspolitischer Sprecher



Vor Monaten hat die Ampel-Koalition das befristete 9-Euro-Ticket eingeführt. Die letzten drei Monate haben ein großes Interesse an dem Angebot gezeigt, aber gleichzeitig auch Hoffnungen auf ein dauerhaft günstiges Flatrate-Ticket geweckt. Erst kürzlich hat sich dann die Bundesregierung für eine Anschlusslösung ausgesprochen, die wir grundsätzlich begrüßen.

Insgesamt muss allerdings dauerhaft sichergestellt werden, dass der Bund auch ausreichend Mittel zur Verfügung stellt. Dabei geht es nicht nur um fehlende Ticketeinnahmen, sondern v.a. auch um die Umsetzung von wichtigen Schieneninfrastrukturprojekten. Ein guter Nahverkehr ist nicht nur preislich attraktiv, sondern muss in erster Linie auch qualitativ hochwertig sein und ein gutes Fahrangebot liefern. Hier ist der Bund gefordert, schnellstmöglich die vereinbarte Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf den Weg zu bringen.

Nachbesserungen sind jedoch nicht nur im Bereich des Flatrate-Tickets notwendig, sondern auch bei vielen anderen Punkten des Entlastungspakets. Hierzu zählen bspw. der Gaspreisdeckel für private Haushalte oder die Beibehaltung der bestehenden drei Kernkraftwerke im Markt. Es müssen endlich umfangreiche und nachhaltige Hilfen für die Wirtschaft verabschiedet werden. Insbesondere Familienbetriebe und mittelständische Unternehmen, die energieintensive Prozesse haben, müssen so schnell wie möglich in das Energiekostendämpfungsprogramm des Bundes aufgenommen werden.

► Zahl des Monats

Am 12. September war unser Ministerpräsident Boris Rhein genau **100 Tage** im Amt. Warum das 100 erfolgreiche und gute Tage waren und was wir gemeinsam mit der Landesregierung in dieser Zeit erreicht haben, lesen Sie hier:



► Grünes Band für Erinnerung und Naturschutz

Lena Arnoldt, MdL



Die Überwindung der Deutschen Teilung bleibt für uns Deutsche und gerade für uns als Union weiterhin eine der größten politischen Erfolge der jüngeren Geschichte. Die Erinnerung an Teilung und Trennung aufrecht zu erhalten und den Wert der Einigung und europäischen Integration ins Gedächtnis zu rufen und jüngeren Generationen zu vermitteln, bleibt uns daher politische Aufgabe.

Zusätzlich zu diesem kulturhistorischen Wert finden wir an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zudem naturschutzfachlich einmalige Ökosysteme, die sich gerade auf der ehemals ost-deutschen Seite entwickelt haben. Durch den Charakter eines Bandes entlang der ehemaligen Grenze erfüllen diese Gebiete zudem eine wertvolle Verbindungsfunktion und bieten Tieren wichtige Wanderungskorridore im Rahmen der Biotopvernetzung. Wir wollen daher das bereits existierende Grüne Band auf der Seite der Thüringer Grenze durch eine eigene hessische Ergänzung kulturhistorisch und naturschutzfachlich aufwerten und damit auch den Tourismus in der Region weiter stärken.

Ganz besonderen Wert legen wir dabei darauf, dass Eigentumsrechte gewahrt und dass traditionelle land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sowie die Ausübung der Jagd auf den Gebieten weiterhin möglich sind. Das Naturmonument soll die Erinnerung und die gewachsenen Strukturen erhalten, nicht verändern. Es soll zusammenführen und nicht spalten.



IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

☎ 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552

✉ cdu-fraktion@ltg.hessen.de

🐦 [cdu_hessen](https://twitter.com/cdu_hessen)

📘 [cduhessen](https://www.facebook.com/cduhessen)

📷 [cdufraktion](https://www.instagram.com/cdufraktion)